

HILDESHEIMER UNIVERSITÄTSREDEN

NEUE FOLGE HEFT 1



Heinz-Wilhelm Alten

Zur Geschichte der Universität Hildesheim

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Der Präsident
VERLAG Universitätsverlag Hildesheim
VERTRIEB Universitätsverlag Hildesheim
Marienburger Platz 22
31141 Hildesheim
verlag@rz.uni-hildesheim.de

(Print) ISSN 1613-8201

(Print) ISBN 3-934105-05-M

(Internet) ISSN 2365-8916

Hildesheim 2004

UNIVERSITÄTSVERLAG HILDESHEIM

HILDESHEIMER UNIVERSITÄTSREDEN

NEUE FOLGE HEFT 1



Heinz-Wilhelm Alten

Zur Geschichte der Universität Hildesheim

UNIVERSITÄTSVERLAG HILDESHEIM

DIE UNIVERSITÄT HILDESHEIM

Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung

in 25 Jahren

Prof. em. Dr. Heinz-Wilhelm Alten

Nach einem Vortrag am 14.11.2002 in der Ringvorlesung

IDEE UND WIRKLICHKEIT DER UNIVERSITÄT

Am 1. Oktober 1978 um 0 Uhr schlug die Stunde der Geburt der Hochschule Hildesheim als eine der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Niedersachsen, im Jahre 1989 erhielt sie den Namen »Universität Hildesheim«. Sie feiert also 2003 ihr 25-jähriges Bestehen.

Doch ihre Wurzeln reichen weiter zurück, denn sie entstand ja nicht aus dem Nichts, sondern als Rechtsnachfolgerin der Abteilung Hildesheim der durch das Nds. Hochschulgesetz von 1978 aufgelösten Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. Und diese war erst 1969 durch Zusammenschluss der bis dahin eigenständigen 8 Pädagogischen Hochschulen als ein Provisorium entstanden, dessen spätere Auflösung von vornherein feststand. Die Wurzeln reichen aber noch weiter zurück, nämlich bis zum Jahre 1946, nein sogar bis 1855, denn damals wurde das »Katholische Lehrerseminar Hildesheim« am Pfaffenstieg gegründet.

Ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg musste das Hochschulwesen in dem unter britischer Militärregierung gebildeten und verwalteten Land Niedersachsen neu geordnet und aufgebaut werden, denn die von den Nationalsozialisten geschaffenen Strukturen waren zerschlagen, die Gebäude der Hochschulen zumeist von Bomben und Brand zerstört.

Auch Hildesheim lag seit dem Luftangriff im März 1945 weitgehend in Schutt und Asche. So entschloss man sich, für die vor und im Kriege in Hildesheim betriebene Ausbildung von Lehrern katholischen Bekenntnisses eine neue Einrichtung zu schaffen und gründete die Pädagogische Hochschule Hildesheim. Da hierfür jedoch im zerstörten Hildesheim keine geeigneten Gebäude vorhanden waren, wurde am 1. Januar 1946 der Studienbetrieb als »Alfelder Kurse der Pädagogischen Hochschule Hildesheim« im benachbarten und vom Krieg weitgehend verschonten Alfeld aufgenommen und zwar in dem historischen Gebäude des 1925 geschlossenen Preußischen Lehrerseminars, das ab 1940 wieder eine sog. Lehrerbildungsanstalt für Jungen beherbergt hatte, die 1944 in eine Lehrerinnenbildungsanstalt umgewandelt worden war. Damals waren die Bürgerschulen noch nach Konfessionen getrennt, ebenso auch weitgehend die Ausbildungsstätten für dort tätige Lehrer.

Das änderte sich nach dem Kriege, und es ist dem Einsatz unseres emeritierten Professors für Philosophie Franz Flintrop zu danken, der als Direktor der PH Hildesheim in Alfeld in den Jahren 1959–1961 in unermüdlichen Verhandlungen mit dem Ministerium, der evangelischen Landeskirche Hannover und dem Bischof von Hildesheim erreichte, daß die Landesregierung den Neubau für die Pädagogische Hochschule Hildesheim auf der Marienburger Höhe beschloß. Dabei wurde die konfessionelle Bindung aufgehoben. Zwar sollte die Hochschule weiterhin einen katholischen Schwerpunkt haben (was in einem Briefwechsel des Nds. Ministerpräsidenten mit dem Heiligen Stuhl als Anlage zum damals zwischen Niedersachsen und dem Vatikan geschlossenen Konkordat seinen Niederschlag fand). Aber einem steigenden Anteil evangelischer Studenten sollte bei der Errichtung neuer Lehrstühle und Berufungen Rechnung getragen werden, indem nicht nur ein Dozent für evangelische Religion berufen, sondern auch die für die Bildung der Studenten besonders relevanten integrierenden Fachgebiete Pädagogik, Psychologie und Deutsch doppelt, und zwar mit je einem katholischen und einem evangelischen Dozenten besetzt werden sollten.

Erst ab 1965 wurden die Gebäude auf der Marienburger Höhe, in denen wir uns jetzt befinden, für die Pädagogische Hochschule Hildesheim errichtet und ab Sommersemester 1970 für die nunmehr als Abteilung in die neu gegründete Pädagogische Hochschule Niedersachsen (PHN) eingebundene

Hochschule genutzt. Als ich am Montag nach Pfingsten 1970 als Bewerber für die zweite Professur für Mathematik und ihre Didaktik zum »Vorsingen« nach Hildesheim kam, war die Anlage noch keineswegs fertig: Die Treppenaufgänge waren provisorisch, im Innenhof türmten sich große Erdhaufen, und bei meinem Vortrag und der anschließenden Übung mit Studierenden im Hörsaal 3 baumelten noch die Stromleitungen von der nicht verkleideten Decke. Ich kam also in eine Phase des Aufbruchs, stürmischer Entwicklung, denn die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre nach dem Wirtschaftswunder hatten zum Lehrermangel und damit zu starker Nachfrage nach Studienplätzen für künftige Lehrer geführt, weil man nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen hatte. Wie es doch häufig so ist: Erst muß das Kind in den Brunnen fallen, dann strengt man sich an, es wieder herauszuholen.

Die enorme Expansion der Studentenzahlen erreichte mit über 12.000 Studierenden der PHN¹ im Jahre 1974 ihr Maximum, während die dafür notwendige Vermehrung von Stellen für Personal und die räumliche Ausstattung bei dieser stürmischen Entwicklung hinterherhinkten. Doch die vorhersehbare Folge des zu spät begonnenen und dann überstürzten Ausbaus blieb nicht aus: Der Bedarf an Lehrern war durch ständig wachsende Zahlen von Absolventen bald gedeckt zumal die Einführung der »Pille« die Zahl der jährlich Geborenen deutlich hatte schrumpfen lassen. Auf Lehrermangel folgte Lehrerüberschuss. Auf fette Haushaltsjahre folgten magere Jahre, auf eine Phase enormer Expansion ab 1975 eine Phase kräftiger Kontraktion. Denn die ständig gewachsene Zahl der Studienanfänger der Jahre 1972, 73 und 74 fand nach 3-5 jährigem Studium in zunehmendem Maße keine Anstellung als Lehrer.

Diesen schon aus der Bibel bekannten Zyklus der 7 fetten und der 7 mageren Jahre habe ich in meinen 30 Berufsjahren als Professor mehrfach erlebt. Ich halte ihn gerade im Bereich der Lehrerausbildung für vermeidbar, denn die Zahl der mit 6 Jahren schulpflichtig werdenden Kinder (und damit der erforderlichen Lehrer) läßt sich bereits 5-6 Jahre vorher abschätzen. Doch welche auf 4 Jahre gewählte Regierung investiert gutes Geld in Maßnahmen, die erst 5 oder 6 Jahre später zum Tragen kommen? Erst wenn »Not am Mann« ist, werden Löcher gestopft!

Nicht nur diese Zyklen von Lehrermangel und Lehrerüberschuss haben die

¹ Zur PHN Niedersachsen zählten 1974 die Abteilungen: Braunschweig, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg

Entwicklung dieser Hochschule in den letzten 30 Jahren und damit auch mein Leben als Hochschullehrer geprägt, sondern auch eine Fülle und Folge anderer Wechselbäder hat diese Hochschule immer wieder in Phasen großer Unsicherheit und bedrohter Existenz geführt, ihre Mitglieder ständig zu neuen Planungen, Kurswechseln und Abwehrkämpfen gezwungen und durch endlose Sitzungen, Besprechungen und Stellungnahmen Zeit und Kräfte gebunden, die den eigentlichen Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium entzogen wurden. Ich nenne hier nur einige Stichworte für diese Wechselbäder:

- Verwissenschaftlichung der Lehrerbildung nach dem Sputnikschock in den 60er und 70er Jahren - Pädagogisierung dieser Ausbildung,
- Mengenlehre in der Grundschule - »Abschaffung der Mengenlehre«,
- Professionalisierung der Lehrerbildung - Flexibilisierung zu polyvalent und multifunktional einsetzbaren Lehrern,
- Gesamthochschulen - Kleine Hochschulen mit Spezialprofil,
- Stufenlehrer für horizontal gegliedertes Schulsystem - Hauptschul-, Real- schul- und Gymnasiallehrer für ein nach Schulformen vertikal gegliedertes System,
- Nivellierung der Anforderungen - Förderung von Exzellenz,
- Stärkung der Gremien - Schwächung der Gremien,
- Weitere Rechte auf Mitwirkung - Beschneidung der Mitwirkung,
- Ausbau der Universitäten - Ausbau der Fachhochschulen,
- Volluniversität - Profiluniversität,
- Staatliche Dominanz - Autonomie der Hochschulen,
- Leitung durch Rektoren - Leitung durch Präsidenten ,
- Universitäten als Einrichtungen des Landes und Körperschaft des öffentlichen Rechts - Stiftungsuniversitäten des öffentlichen Rechts.

All diese auf Strömungen in der Politik, aber auch die auf Tendenzen in der Wissenschaft und Entwicklung der Landes- und Bundeshaushalte beruhenden Schwankungen und Wechselbäder fanden ihren Ausdruck in einer Fülle von ständig geänderten Gesetzen und Verordnungen und einer Flut von Erlassen.

Noch deutlich erinnere ich mich an einen Besuch des damaligen Ministers Peter von Oertzen, der 1974 bei seinem Vortrag in unserer Aula erstmals ein Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesamthochschulgesetz ankündig-

te, das dann auch alsbald verkündet wurde und erst nach dem 1976 auf Bundesebene in Kraft getretenen Hochschulrahmengesetz durch das Niedersächsische Hochschulgesetz von 1978 ersetzt wurde. Wenn Sie genau hingehört haben, ist Ihnen im letzten Satz etwas aufgefallen: ein Gesamthochschulgesetz wurde 1971 angekündigt, ein Hochschulgesetz trat 1978 in Kraft.

Und damit komme ich genau auf die Problematik zu sprechen, die die Gemüter erhitzte, als ich zum SS 1971 meine Tätigkeit als Professor an der Abteilung Hildesheim der PHN aufnahm, die auch mich alsbald in die lebhaften Debatten über den Zusammenschluß der Abteilung Hildesheim der PHN mit der Fachhochschule Hildesheim und der Technischen Universität Clausthal zu einer »Gesamthochschule" oder einem »Gesamthochschulbereich« hinein zog und die Zeit von 1970 bis 1975 unter den Abteilungsdekanen Klages, Trommsdorff und Lüttge beherrschte.

Die Bildung von Gesamtschulen und Gesamthochschulen war damals »in« - in Nordrhein-Westfalen wurden 5 Gesamthochschulen (Essen, Paderborn, Duisburg, Siegen und Wuppertal) auf einen Streich, in Hessen die Gesamthochschule Kassel gegründet (sie alle heißen inzwischen Universität-Gesamthochschulen). War die Bildung von Gesamthochschulen in NRW und Hessen in erster Linie unter bildungs- und sozialpolitischen Aspekten erfolgt, so hoffte man durch Bildung eines Gesamthochschulbereichs Clausthal-Hildesheim vor allem wohl Geld durch gemeinsame Verwaltung und Wegfall von Stellen und beim Neubau von Gebäuden zu sparen.

Um Lehrpersonen einzusparen, prüfte man die Möglichkeit, Studenten verwandter oder gleicher Fachgebiete aus Hildesheim und Clausthal in geeigneten Veranstaltungen zusammen zu fassen, indem man sie dazu per Bus von Clausthal nach Hildesheim oder umgekehrt transportierte. Da dies sich alsbald als viel zu zeitraubend, kostspielig und im Winter wegen unterschiedlicher Straßenverhältnisse auch als kaum durchführbar erwies, erprobte man dann die dazu duale Methode: die Versorgung der Studierenden an beiden Standorten mit geeigneten Studienangeboten durch reisende Dozenten der einen oder der anderen Hochschule. So fuhren die Kollegen Keck und Pöppel damals wöchentlich einmal nach Clausthal, um dort die Lehramtsstudenten der Mathematik, Physik und Chemie mit Vorlesungen über Pädagogik zu versorgen, ich versuchte als Lehrbeauftragter der TU Clausthal die dortigen

Studenten der Mathematik mit Problemen und Methoden der Didaktik dieses Fachs bekannt zu machen. Umgekehrt kam der Kollege Lahmann regelmäßig nach Hildesheim, um die Studenten der Psychologie in statistischen Methoden der empirischen Forschung zu unterweisen, und Herr Kollege Schottlaender hielt Vorlesungen über Analysis für graduierte Ingenieure (also Fachhochschulabsolventen) ab, die wir in Hildesheim in viersemestrigen Studiengängen zu Realschullehrern in den Fächern Mathematik, Physik und Chemie ausbildeten, weil der Lehrermangel inzwischen die Realschulen und Gymnasien erreicht hatte. Denn die in Hildesheim vorhandene Kapazität reichte dafür nicht aus, weil das Kultusministerium uns in der gleichen Zeit beauftragte, auch Volksschullehrer (so hießen sie damals noch) in besonderen Kursen auf der Basis der vom Deutschen Institut für Fernstudium (DIFF) an der Universität Tübingen entwickelten Studienbriefe zu Realschullehrern weiterzubilden und außerdem umfangreiche Kurse zur Fortbildung von Lehrern für den Unterricht in Mengenlehre abzuhalten.

All dies änderte sich schnell und erheblich, als das Ministerium und die Politiker 1975/76 der drohenden Überproduktion von Lehrern inne wurden, die Forcierung der Lehrerausbildung umschlug in Maßnahmen zur drastischen Drosselung der Ausbildung von Lehramtskandidaten und an die Stelle der zuvor propagierten Professionalisierung die Forderung nach der Ausbildung polyvalenter und multifunktionaler Lehrer trat, die auch für andere Aufgaben einsetzbar sein sollten. Zum anderen wurden die Pläne für den Gesamthochschulbereich Clausthal - Hildesheim still zu Grabe getragen, stattdessen Pläne zur Entwicklung der Hochschulregion Hildesheim mit der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden, der Stadt Hildesheim und der Bezirksregierung diskutiert. Das IRB - Institut für Regionale Bildungsplanung/Arbeitsgruppe Standortforschung - unter der Leitung von Prof. Clemens Geißler, Hannover, wurde erneut verstärkt in die Planung einbezogen. Denn die fatale Entwicklung im Bereich der Lehrerbildung wurde nun überlagert durch drei andere Problemkreise.

1. Die Abteilungen Osnabrück, Oldenburg und Vechta waren bereits 1973 aus dem Verbund der PHN ausgeschieden und in die neuen Universitäten Osnabrück und Oldenburg eingegliedert worden. Der verbliebene Rumpf der PHN sollte mit dem in Vorbereitung befindlichen Nds. Hochschulgesetz aufgelöst

werden. Dabei sollten die drei Abteilungen Braunschweig, Göttingen und Hannover den dortigen Universitäten zunächst als Fachbereiche einverleibt werden, mit dem Ziel späterer Auflösung und Fach-zu-Fach-Zuordnung in die alten Fachbereiche dieser Universitäten.

Was aber sollte mit den dann singulären Abteilungen Hildesheim und Lüneburg geschehen? Für Hildesheim standen drei, wenn nicht sogar vier Alternativen zur Wahl:

- a) Zusammenschluss mit der FHS Hildesheim/Holzminden,
- b) Inkorporation oder Assoziation mit der Universität Hannover,
- c) Umwandlung in eine selbständige Hochschule,
- d) Auflösung.

2. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes trat 1976 in Kraft, die Förderung des Hochschulbaus wurde als Aufgabe des Bundes durch das Hochschulbauförderungsgesetz gesetzlich fixiert. Flächennutzungspläne bildeten die Grundlage für weitere Bauplanungen. Das Planungs- und Informations-Zentrum PIZ wurde in Hannover eingerichtet. Für die weitere Entwicklung der Hochschulen war jetzt in erster Linie die Zahl der sog. »flächenbezogenen Studienplätze« maßgebend, deren Anzahl pro Fach nach speziellen Kriterien festgelegt wurde. Entsprechend benutzte man nun die Formeln der Kapazitätsverordnung in umgekehrter Richtung. Die Kapazitätsberechnung, ursprünglich eingeführt, um mit einfachen Formeln zu berechnen, wieviel Studierende in einem Fach bei vorhandenem Lehrpersonal maximal pro Jahr aufgenommen werden konnten, wurden nun einfach umgedreht, um auszurechnen, wieviel Lehrpersonen bei vorhandenen Studenten für das Studium der einzelnen Fächer erforderlich seien, obwohl dies zwei ganz verschiedene Probleme sind - insbesondere in Fächern mit kleinen Studentenzahlen.

3. In Nds. übernahm 1976 die CDU die Regierung. Das Kultusministerium wurde geteilt: das Kultusministerium (MK) war fortan zuständig für die Schulen und die Lehrer, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) für die Hochschulen, die Hochschullehrer und für die Ausbildung der Lehrer (im ersten Jahr noch in einer Hand von Minister Werner Remmers, dann wurde Remmers Chef des MK, Pestel Minister des MWK). Damals wurde das bis

dahin für Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrern im Ministerium zuständige Personal bis auf einen Mitarbeiter (Körner) in das Kultusministerium übernommen. Das wurde auch zuständig für Lehrerfort- und -weiterbildung, während das MWK zuständig für die an den Hochschulen betriebene Lehrerausbildung wurde. Prüfungsverordnungen wurden vom MK erlassen, nach denen unsere Tätigkeit geplant und ausgerichtet sein musste - Stellen und Mittel dafür wurden nun jedoch vom MWK bereitgestellt, das auch die Rechtsaufsicht ausübte. Klar, dass es dabei zu Reibereien kommen musste - und wir saßen zwischen den Mahlsteinen.

In der Zeit, als all diese Probleme entstanden, übernahm ich die Leitung der Abteilung Hildesheim am 1.4.1976. In den Jahren 1976 - 1978 wurden die Weichen für die künftige Entwicklung der Hochschule gestellt, die Pflöcke für die Durchführung eines entsprechenden Programms eingeschlagen und die heutige Struktur der Universität geprägt.

Am 1. Juli 1976 bekam ich morgens um 7 Uhr einen Anruf von Herrn Stender. Die Hochschule brennt! Als ich mit dem Fahrrad kurz darauf eintraf, wollte mich die Feuerwehr nicht durchlassen. »Ich bin hier Hausherr!« - »Das kann jeder sagen«. Dicke, schwarze Qualmwolken quollen aus dem einen Turm, der wie ein riesiger Schornstein wirkte. Das Filmarchiv des Audiovisuellen Zentrums (AVZ) brannte. Zudem war ein großes Malheur passiert: ein Feuerlöschfahrzeug war von dem durch Lochsteine grün bewachsenen Zufahrtsweg abgekommen, auf die große Roste über den Luftschächten der Heizung geraten, durchgebrochen und in den Schacht gestürzt. Nach Lösung des Schwelbrandes zeigten sich die Schäden: ein Flügel des Gebäudes pechschwarz, die Armaturen in den Betondecken durch Salzsäuredämpfe angegriffen, Schaden am Gebäude: 100.000 DM, nicht gedeckt (da öffentliche Gebäude nicht feuersichert werden) und deshalb aus laufenden Mitteln zu bezahlen. Zudem stellte sich heraus, dass die Steigleitungen für Löschwasser in die oberen Geschosse mit den Leitungen aus dem Hydranten im Keller gar nicht verbunden worden waren, so dass beim Pumpen die Keller voll gelaufen wären, hätte man für den Schwelbrand nicht Schaum eingesetzt. Ausgelöst war der Brand - wie sich später herausstellte - durch Fehlverhalten des Wach- und Schließdienstes, der es sich zur Bewachung des Gebäudes im AVZ mit einem Kumpanen gemütlich gemacht hatte, fernsehen woll-

te, dazu aber den Stecker eines Tauchsieders ohne Wasser benutzt und dann das Gebäude verlassen hatte, um Nachschub für Bier zu holen!

Im Juni 1976 wurde der Entwurf eines Nds. Hochschulgesetzes auf der Grundlage des HRG angekündigt, die Änderung der Entwicklungspläne eingeläutet: Die Zahl der Lehramtsstudenten sollte auf zwei Drittel, später auf die Hälfte gesenkt, die Kapazität in allen Fächern gemäß dem fächerspezifischen Lehrbedarf reduziert, aber die Fächer Deutsch und Mathematik an allen Standorten beibehalten werden. Für freie und freierwerbende Stellen wurde eine Besetzungssperre erlassen. Das betraf bei uns besonders hart das Fach Sport, weil dessen Leiter, Prof. Teuber, kurz vor der Emeritierung stand.

Am 3. Nov. 1976 verkündete der Staatssekretär des MWK in Hannover:

- Die PHN soll aufgelöst werden - die Abteilungen Hildesheim und Lüneburg sollen dann eigenständige, wissenschaftliche Hochschulen werden.
- Die Einrichtung neuer Studiengänge, die nicht unbedingt der Lehrerausbildung dienen - vorrangig Kurzstudiengänge - wird begrüßt.

Die Übernahme der bisher zusätzlich betriebenen Lehrerfort- und Weiterbildung als hauptamtliche Aufgabe schied weitgehend aus, weil für diese bislang von den Lehrpersonen der PHN erfolgreich durchgeführte und von zwei Mitarbeitern im Ministerium organisierte Aufgabe vom nun abgetrennten und für die Lehrerfortbildung zuständigen Kultusministerium das Niedersächsische Landesinstitut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Unterrichtsforschung (kurz NLI) mit 54 neuen Stellen in Hildesheim eingerichtet wurde, da man offenbar Angst hatte, dass diese Aufgaben von den in akademischer Freiheit und relativer Autonomie tätigen Universitäten nicht im Sinne staatlich überwachter Disziplin wahrgenommen würden. Damit waren auch die Ausbildung graduierter Ingenieure zu Realschullehrern und die Weiterbildung von Lehrern zu Realschullehrern mit den Studienbriefen des DIFF auslaufende Modelle.

Doch inzwischen war die Fernuniversität in Hagen (nach dem Vorbild der Open University of London, der University without Walls in Amerika und der UNISA = University of South Africa als Fernuniversität in Pretoria) gegründet worden und man versuchte, Studienzentren in anderen Bundesländern einzurichten. Da die ersten und bis dahin einzigen Erfahrungen mit Fernstudien in Niedersachsen in Kursen für die Weiterbildung zum Real-

schullehrer mit Fernstudienmaterial unter meiner Leitung in Hildesheim gemacht worden waren, wurde ich von dem mit der Planung von Studienzentren in Niedersachsen beauftragten IRB in Hannover auch als erster angesprochen und griff sofort zu: Bereits am 5. März 1977 wurde das erste niedersächsische Studienzentrum für Fernstudien in Hildesheim eröffnet und dann die auch für die später in Lüneburg und Oldenburg eingerichteten Studienzentren zuständige »Zentrale Arbeitsstelle Fernstudien« unter Leitung des leider früh verstorbenen Herrn Brandes in Hildesheim angesiedelt. Das war Kern und Keim des inzwischen zu einer der großen Zentralen Einrichtungen unserer Universität gewordenen Zentrums für Fernstudium und Weiterbildung mit jetzt 17 Mitarbeitern und 34 Mentoren, für dessen Leitung wir Herrn Dr. Wagner vom Deutschen Institut für Fernstudien der Universität Tübingen gewinnen konnten.

Die Zusammenarbeit mit der Fernuniversität Hagen gab auch den Anstoß, anstelle der damals geplanten Kurzstudiengänge Angewandte Mathematik und Angewandte Physik einen Studiengang Angewandte Informatik/Wirtschaftsinformatik in Kooperation mit der Fernuniversität und dem dort entwickelten Fernstudienmaterial für das Studium der Informatik in Hildesheim einzurichten - ein Unternehmen, von dem später noch die Rede sein wird.

Durch den drastischen Rückgang der Studentenzahlen im Lehramt und der durch Höchstzahlverordnungen begrenzten Aufnahme von Studienanfängern drohte der Verlust freiwerdender Stellen, ja sogar die Schließung ganzer Fächer, in denen eine Minimalzahl von Lehrenden nicht unterschritten werden durfte. Wenn die Hochschule überleben wollte, musste die Monstruktur der Lehrerbildung überwunden werden, sonst würde die Hochschule geschlossen werden wie eine Firma, die nur ein Produkt vertreibt, das plötzlich kaum noch Absatz findet. Große Universitäten waren durch solche Schwankungen nicht gefährdet, weil in Fächern mit Lehrerausbildung jeweils Diplom- oder Magisterstudiengänge mit teils gleichem Lehrangebot betrieben wurden, die vorhandene Lehrkapazität in Lehreinheiten zusammengefasst war und je nach Konjunktur dem einen oder dem anderen Bereich gewidmet werden konnte.

Also galt es, Studiengänge außerhalb der Lehrerausbildung zu entwickeln, die mit denen für das Lehramt durch gleiches Lehrangebot verzahnt waren.

Hervorragende Arbeit lieferten hierzu die Kollegen Maiworm (Deutsche Literatur und Sprache), Kumher (Bildende Kunst und Visuelle Kommunikation) und Roscher (Musik und Auditive Kommunikation). Angetrieben von den avantgardistischen Projekten des Kollegen Roscher, Klangeffekte lichtkinetisch zu unterstützen und mit Gestik, Pantomime, szenischer Gestaltung, Tanz und Rezitationen auf echter oder virtueller Bühne zu einem polyästhetischen Ereignis zu verschmelzen, konzipierten diese Kollegen einen Diplomstudiengang »Polyästhetische Erziehung« und - da vom Ministerium vorrangig gefordert - parallel dazu den Kurzstudiengang »Gesamtkünstlerische Bildung«. In Zusammenarbeit mit dem für die Planung beauftragten IRB wurde dieses Projekt vorangetrieben. Dabei wurden die sog. grundwissenschaftlichen Fächer Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Politische Wissenschaft und Soziologie als Bezugsfächer einbezogen. Eine »Ästhetische Woche« wurde durchgeführt, aber dem Ministerium war die griechische Bezeichnung »Polyästhetik« zu abgehoben. Sie griffen das irgendwann in einer Besprechung gefallene Stichwort »Kulturpädagogik« auf, das alsbald zum Verdruss der Pädagogen als Bezeichnung des Studienganges gewählt wurde, obwohl der Kollege Keck nachdrücklich darauf hinwies, dass

- Kulturpädagogik seit Dilthey ein mit anderen Inhalten und Zielsetzungen belegter Begriff sei,
- das Studium der Kulturpädagogik auch ohne Pädagogik betrieben werden könne, da sie nicht obligatorisches Studienfach sei.²

Vom IRB stammte der Vorschlag, an der künftigen Hochschule Hildesheim die Ausbildung von Dolmetschern und Übersetzern einzuführen, der zur Konsolidierung des Faches Englisch und zur Einführung der Fächer Französisch und Spanisch gern aufgegriffen und in Verbindung mit Anwendungsfächern in den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau in vielen Besprechungen erörtert wurde schließlich im Antrag an das BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) mündete, den Modellversuch KEBAL (Konzeption und Entwicklung berufsqualifizierender Alternativen zur Lehrerausbildung) zu genehmigen und finanziell zu fördern.

In diesem Modellversuch sollte neben der Entwicklung und Erprobung der Studiengänge Kulturpädagogik und Fachübersetzen auch auf Anregung des Ministeriums ein Studiengang zur Ausbildung von »Freizeitleitern« ent-

² Inzwischen ist der Studiengang umbenannt in Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis.

wickelt und erprobt werden, der jedoch der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden zugeordnet wurde, weil Herr Kollege Strang der Meinung war, es sei nicht Aufgabe einer wissenschaftlichen Hochschule »Animateure« auszubilden.

Sie können dieser Darstellung entnehmen, dass die drei jetzt existierenden Fachbereiche unserer Universität und die von ihnen betriebenen Studiengänge in den Jahren 1976/77 präfiguriert wurden. Die Umsetzung dieser Entwicklung erfolgte dann in den Jahren 1979/80 nach der Verselbständigung der Hochschule.

Auch in den Bereichen der Lehrausbildung gab es 1976/77 neue Entwicklungen, Impulse und Pläne. Eine neue Prüfungsverordnung ersetzte das bisherige Wahlfach mit der latenten Realschulfakultas und zwei Nachweisfächer durch das Studium eines ersten und eines Weiteren Faches - die Realschulfakultas entfiel. Der Vorbereitungsdienst in Ausbildungsseminaren für Grund- und Hauptschullehrer wurde eingeführt - Grund für hitzige Diskussionen über neue Studienordnungen und »Verschärfung« der Prüfungen bis hin zu Streiks und Aktionstagen. Ausbildung für den Anfangsunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik wurde eingeführt, das Fach »Arbeitslehre« und der Fächerverbund »Arbeit, Wirtschaft, Technik« wurden diskutiert. Heraus kam die Einrichtung der Fächer »Didaktik des Sachunterrichts« und »Allgemeine Wirtschaftslehre und ihre Didaktik«, für die zwei neue Professuren eingerichtet und später mit den inzwischen emeritierten Kollegen Köhnlein und Kolb besetzt wurden. Das vom Kollegen Kraatz vertretene Fach "Werken« wurde umbenannt zu »Allgemeine Techniklehre und ihre Didaktik«. Herr Kollege Lüttge (Psychologie) konzipierte und forcierte mit Erfolg die Einführung einer besonderen Ausbildung von Beratungslehrern. Übrigens: am 25. März 1977 erfolgte die erste Promotion an der Abteilung Hildesheim: Herr Martens (Psychologie) wurde zum Dr. phil. promoviert, am 4. November 1977 folgte Herr Sumaski (Psychologie) und am 10. März 1978 Herr Wolpers (Mathematik).

Am 13.4.77 wurde dem Minister für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Pestel - wir nannten ihn respektlos Seine Pestilenz - bei seinem Besuch der Abteilung Hildesheim der »Prospekt zur Entwicklung der Hochschule Hildesheim« (als Erziehungswissenschaftliche Hochschule) vorgelegt und mit

ihm diskutiert. Dabei ging es auch um den Bau eines Verfügungsgebäudes und die Raumnutzung, denn zuvor hatten heftige Auseinandersetzungen mit der FHS Hildesheim/Holzminden stattgefunden, die auf der Suche nach Ersatz für ihre abbruchreifen Pavillons in Ochtersum in der Abteilung Hildesheim »fündig gewesen waren" (so die Meldung der HAZ) und darauf drängten, Räume auf der Marienburger Höhe zugewiesen zu bekommen, die indes keineswegs frei, sondern für die Entwicklung der Hochschule unentbehrlich waren, ja für die Einführung der neuen Studiengänge und den Aufbau einer eigenen Verwaltung bei weitem nicht ausreichten.

Hitzige Debatten hatten über dieses Thema auch mit dem Bevollmächtigten für den Hochschulbau, dem Ltd. Ministerialrat Lekies, stattgefunden, weil als Zielzahlen für die Hochschule Hildesheim nur 700 flächenbezogene Studienplätze für das Lehramt und 200 für die Diplomstudiengänge Pädagogik und Sozialpädagogik ausgewiesen wurden, Plätze für die neuen Studiengänge aber gar nicht berücksichtigt waren, weil deren Einrichtung zwar vorgesehen, aber vom Kabinett noch nicht beschlossen worden war. Dieser Mangel hat der Hochschule schweren Schaden zugefügt und ihre räumliche Entwicklung sehr behindert. Doch davon später!

Wie Sie sehen, waren die Jahre 1976 - 1978 vor der Auflösung der PHN äußerst bewegt, angefüllt mit konfliktreichen Situationen und Debatten. Eine »Aktionsgemeinschaft Hochschulstandort Hildesheim« wurde vom Oberbürgermeister und vom Oberstadtdirektor der Stadt Hildesheim gegründet, Stellungnahmen zu den Entwürfen des MWK, der SPD, der CDU und der FDP für ein Nds. Hochschulgesetz wurden erarbeitet, in den Hochschulgruppen und Gremien, aber auch mit Politikern der im Landtag vertretenen Parteien, mit Vertretern der Stadt und des Landkreises Hildesheim und im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtages intensiv diskutiert. Haushaltsrechtliche und organisatorische Probleme bei der Errichtung einer selbständigen Hochschule wurden in vielen Sitzungen im MWK, die Entwicklungsplanung mit dem IRB und dem Ministerium in ungezählten Besprechungen erörtert. Lebhaftere Auseinandersetzungen gab es mit den Studierenden, die eine Beeinträchtigung der Lehrausbildung durch die Einführung neuer Studiengänge und stärkeren Einfluss des Ministeriums auf Bewerber befürchteten. In den zwei Jahren meines Dekanats fanden allein 28 Sitzungen der Abteilungskon-

ferenz statt, also alle 14 Tage während der Vorlesungszeiten.

Heftige Diskussionen über die neuen Prüfungsverordnungen für Lehrämter und die Neuregelung des gesamten Prüfungswesens und Prüfungsamtes durch das Kultusministerium erhitzten die Gemüter. Unsere Vorschläge für die Einrichtung der grundständigen Realschullehrerausbildung und die Ausbildung von Gymnasiallehrern in einigen Fächern wurden vom MWK »wohlwollend geprüft«, aber nie realisiert. Die vom Ministerium vorgeschlagene Verlagerung des Faches Hauswirtschaftslehre und der Ausbildung von Sonderschullehrern von Hannover nach Hildesheim scheiterte am Widerspruch der Abteilung Hannover als künftiger Fachbereich der großen Universität.

Am 1. Oktober 1978, 0 Uhr war es soweit: Das am 11. Mai 1978 im Nds. Landtag verabschiedete Nds. Hochschulgesetz trat am 1.10.1978 in Kraft. Darin heißt es:

§ 1

(1) Hochschulen des Landes im Sinne dieses Gesetzes sind die wissenschaftlichen Hochschulen Universität Braunschweig, ..., Hochschule Hildesheim,, Universität Osnabrück.

§ 141

Die Pädagogische Hochschule Niedersachsen wird aufgelöst.

§ 143

Die bisherige Abteilung Hildesheim der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen bildet die Hochschule Hildesheim. Die bisherige Abteilung Lüneburg der PHN bildet die Hochschule Lüneburg.

§ 147

(1) Die Abteilungskonferenzen, Dekane und Prodekane der in den §§ 142 und 143 genannten bisherigen Abteilungen der PHN nehmen übergangsweise in den betreffenden Hochschulen die Aufgaben von Fachbereichsräten, Dekanen und Stellvertretern der Dekane wahr.

(2) Die Abteilungskonferenzen, Dekane und Prodekane der in § 143 genannten bisherigen Abteilungen der PHN nehmen zusätzlich die Aufgaben der Senate, Rektoren und Prorektoren wahr. Der Minister beauftragt im Benehmen mit der Abteilungskonferenz einen Beamten, der die Voraussetzungen des § 88 erfüllt, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kanzlers.

So erschienen Herr Dekan Kraatz und ich als Prodekan unversehens als »Mitglieder des DGB«, denn wir mussten nun je nach der behandelten Aufgabe unterschreiben mit Dekan oder Prodekan bzw. als Rektor m.d.W.d.G.b. oder Prorektor m.d.W.d.G.b. (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt).

Die ersten Jahre der Hochschule Hildesheim waren außerordentlich bewegt und stellten an alle in ihr Tätigen eine ungeheure Herausforderung dar, weil durch die gleichzeitige Errichtung der Hochschule Hildesheim und die Einführung der für alle Hochschulen geltenden neuen Regelungen des Hochschulgesetzes neben den laufenden Aufgaben in Lehre und Forschung drei umfangreiche Aufgabenkomplexe zu bewältigen waren:

1. Aufbau einer angemessenen Personal- und Organisationsstruktur, einer eigenen Verwaltung und einer Außenvertretung mit zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit - mit all den Geburts- und Nachwehen bei Neugründungen von Universitäten;
2. Umsetzung der vielen Bestimmungen des NHG, insbesondere die Neuordnung der Personalstruktur, die Gliederung in Fachbereiche und Institute und die Anpassung aller Prüfungs- und Studienordnungen;
3. Vorbereitung, Einführung und Praktizierung neuer Studiengänge bei gleichzeitiger Änderung der bisherigen Studiengänge in der Lehrerbildung.

Fast alles musste in kurzer Zeit umgekrempelt oder neu geschaffen werden und das in einer Zeit zunehmender Knappheit der Finanzen und einschneidender Sparmaßnahmen. Ich kann hier nur einige der vielen Probleme herausgreifen und näher erläutern.

Da die Lehrstühle durch das neue Gesetz weggefallen waren, keine Institute existierten, auch keine Fachbereiche, war die Hochschule zunächst völlig amorph, der geschäftsführende Rektor als Dekan zugleich unmittelbarer Vorgesetzter aller Mitarbeiter der Hochschule mit Ausnahme der Professoren, die direkt dem Minister unterstanden. Die bisherige Abteilungskonferenz musste im WS 78/79 alle Aufgaben eines Fachbereichsrates, des Senats und von Institutsvorständen wahrnehmen, kurz und platt gesagt: sich um jeden Dreck kümmern. Das änderte sich auch nicht, als der im WS 78/79 gewählte erste Senat der Hochschule Hildesheim am 1.4.79 seine Tätigkeit aufnahm. Die Geschäfte des Kanzlers wurden bis zum Amtsantritt des ersten gewählten Kanzlers Fischer vom bisherigen Kanzler der PHN, Herrn Hesse wahrgenom-

men, der die gleiche Aufgabe in Lüneburg erfüllte und kaum nach Hildesheim fand, während der geschäftsführende Beamte Stender der einstigen Abteilung Hildeheim nach Hannover abgeordnet wurde. Wegen fehlender Personalräume wurde die Verwaltung in angemietete Räume der Innenstadt ausgelagert - eine Maßnahme, die im SS 1979 eine Überprüfung der Raumsituation durch den Landesrechnungshof auslöste und bittere Konsequenzen hatte - davon später. Unter dem geschäftsführenden Rektor Kraatz wurden im ersten Jahr der Hochschule Hildesheim 1978/79

- der Studiengang Kulturpädagogik zum SS 79 genehmigt und dazu Studien- und Diplomprüfungsordnung entworfen;
- der Diplomstudiengang Fachübersetzen³ (Bereich Technik) mit Studienbeginn zum WS 1979/80 genehmigt und dazu Studien- und Prüfungsordnung entworfen;
- der Diplomstudiengang Angewandte Informatik/Wirtschaftsmathematik konzipiert und beantragt;
- der Studiengang für »Lehrer von Kindern mit ausländischer Muttersprache« entwickelt;
- der Weiterbildungsstudiengang für Beratungslehrer unter Leitung von Prof. Lüttge als Fernstudienkurs im Oktober 1978 eingeführt und mit 2 Mitarbeiterstellen ausgestattet;
- die von Prof. Klages entwickelten Weiterbildungsstudiengänge als zweijährige Fernstudienlehrgänge für evangelische und katholische Theologie mit 83 Lehrern durchgeführt;
- im Fernstudienzentrum 500 Teilnehmer an Studiengängen der Fernuniversität in Mathematik, Informatik, Elektrotechnik, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Sonderpädagogik betreut;
- Weiterbildungskurse für die Realschullehrerprüfung von 207 Lehrern belegt;
- das Aufbaustudium für die Promotion zum Dr. phil. eingeführt;
- die Einführung der Studienschwerpunkte »Sachunterricht in der Grundschule« und »Gestaltendes Werken« sowie des Fächerverbundes Arbeit-Wirtschaft-Technik mit den Fächern »Allgemeine Wirtschaftslehre und ihre Didaktik«, »Allgemeine Techniklehre und ihre Didaktik« und »Haushalt« beantragt;
- C4-Professuren für Wirtschaftslehre und Didaktik des Sachunterrichts genehmigt und ausgeschrieben;

³ Übrigens: für beide Studiengänge in zwei Formen: a) als Kurzzeitstudiengang entsprechend den Vorgaben des Ministeriums, b) auch als Langzeitstudiengang. Die Kurzzeitstudiengänge wurden jedoch wegen des »A13-Syndroms« von den Studierenden nicht angenommen und deshalb später wieder abgeschafft.

- eine Habilitationsordnung entworfen.

Vom neu gebildeten Konzil der Hochschule Hildesheim wurde ich im SS 1979 zu ihrem ersten Rektor gewählt und trat mein Amt am 1.10.1979 an. In den beiden Jahren meines Rektorats wurde die junge Hochschule maßgeblich geprägt durch:

1. Erstellung, Verabschiedung und Genehmigung einer Grundordnung und eines Organisationsplanes;
2. Gliederung in Fachbereiche und Zentrale Einrichtungen;
3. Errichtung von Instituten;
4. Übernahme des wiss. Personals in die neue Personalstruktur;
5. Planung, Konsolidierung und Ausbau neuer Studiengänge;
6. Auseinandersetzungen mit dem Landesrechnungshof und dem Ministerium über Raumnutzung und Raumversorgung;
7. Aufbau von Außenbeziehungen.

In gebotener Kürze einige Ausführungen zu diesen Punkten, bei deren Bearbeitung Herr Stender als geschäftsführender Leiter der Verwaltung und der als erster Kanzler der Hochschule Hildesheim gewonnene Herr Fischer unerlässliche und wertvolle Hilfe leisteten.

ad 1.

Die vom Konzil in 3 Lesungen beschlossene und nach Einwendungen des Ministeriums am 22.10.1980 mit Änderungen verabschiedete Grundordnung trat am 6. Dezember 1980 in Kraft.

Das erste Jahr der jungen Hochschule hatte gezeigt, dass eine Fortsetzung des Status quo als weder in Fachbereiche noch in Institute gegliederte Hochschule nicht praktikabel war. Die Hochschule musste eine Struktur erhalten, also entsprechend ihrer personellen, sächlichen und räumlichen Ausstattung unter Berücksichtigung vorhandener und geplanter Fächer und Studiengänge gegliedert werden. Bei den Diskussionen hierüber prallten zwei Tendenzen aufeinander: die Professoren wünschten eine Gliederung in Institute, hätten eine Gliederung in Fachbereiche gern vermieden, weil sie die stärkere Belastung durch die dann vorgeschriebenen zusätzlichen Gremien fürchteten. Die Mitarbeiter und Studierenden hingegen bevorzugten die Gliederung

in Fachbereiche, weil sie dann größere Möglichkeiten der Mitwirkung und Einflussnahme hatten.

Für mich stand fest, dass eine wissenschaftliche Hochschule nur dann in Forschung, Lehre und Studium arbeits- und überlebensfähig sein würde, wenn sie sowohl in Fachbereiche als auch in Institute gegliedert wäre. Mein Plan, den vorhandenen Disziplinen und Studiengängen entsprechend drei Fachbereiche einzurichten (nämlich für Erziehungs- und Sozialwissenschaften, für Kulturwissenschaften und für Sprachwissenschaften), war beim Ministerium nicht durchsetzbar, weil für Kulturpädagogik und Fachübersetzen noch nicht genügend Stellen vorhanden waren, um die vorgeschriebene Besetzung der Gremien zu gewährleisten. Hingegen stießen die Vorschläge zur Institutsgliederung nicht auf Schwierigkeiten. Nach vielen Debatten und langem Hin und Her wurde der Organisationsplan vom Senat am 20.3.1980 verabschiedet, erfuhr aber Ergänzungen und Änderungen in 7 weiteren Senatssitzungen.

ad 2.

Am 14. Nov. 1980 wurde zunächst die Gliederung in zwei Fachbereiche sowie die Errichtung des Audiovisuellen Zentrums und der Zentralen Einrichtung für Fernstudien und Weiterbildung genehmigt. Damit konnten Senat und Konzil neu gewählt, die beiden Fachbereichsräte erstmalig gewählt und konstituiert, die Herren Cloer und Heinrichs als erste Dekane der neuen Fachbereiche gewählt werden.

ad 3.

Mit Erlass vom 5. Februar 1981 wurde im zweiten Schritt die Errichtung von 12 Instituten genehmigt, 9 im Fachbereich I, 3 im Fachbereich II. Damit war die Hochschule Hildesheim die erste in Niedersachsen, in welcher die Gliederung in Fachbereiche und Institute nach dem neuen Gesetz in allen Teilen eingeführt wurde.

Wegen der zum Teil nur relativ schwach ausgestatteten Fächer mussten damals auch ungewöhnliche Zusammenschlüsse stattfinden. So wurden Geographie, Geschichte und Politische Wissenschaft/Sozialkunde, aber auch Psychologie und Soziologie, die Naturwissenschaften und sogar Evangelische und Katholische Theologie mit Philosophie jeweils in einem Institut zusammengefasst - Konstellationen, die inzwischen durch die Einrichtung

eigenständiger Institute für Geographie, Geschichte, Philosophie, Psychologie, Sozialwissenschaften, Evangelische Theologie und für Katholische Theologie längst abgelöst wurden.

ad 4.

Die schwierigste und heikelste Aufgabe war die vom Gesetz vorgeschriebene Neuordnung der Struktur für wissenschaftliches und künstlerisches Personal. Die bisherigen Kategorien Lehrstuhlinhaber, ordentliche und außerordentliche Professoren, Abteilungsvorsteher und Wissenschaftliche Räte, Hochschul- und Universitätsdozenten, Wissenschaftliche Assistenten, Oberassistenten, Oberingenieure und Oberärzte waren fortgefallen. Professoren, Hochschulassistenten, wiss. und künstlerische Mitarbeiter, Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Lektoren an ihre Stelle getreten. Die Überleitung der Professoren in die neue Personalstruktur war problemlos und schon unter meinem Amtsvorgänger Kraatz erfolgt.

Problematisch war hingegen die Übernahme des sog. Akademischen Mittelbaus. Die auf Widerruf ernannten wiss. Assistenten und Privatdozenten und die Beamten in der Laufbahn des Akademischen Rates, die hauptberuflich ausschließlich oder überwiegend Aufgaben von Professoren und deren Einstellungsvoraussetzungen gem. §§ 55, 56 erfüllten, sollten innerhalb von zwei Jahren nach Maßgabe ihrer Qualifikation, des Bedarfs in den jeweiligen Fächern und nach Maßgabe des Haushalts mit ihrem Einverständnis als Professoren übernommen werden. Dazu mussten viele Erlasse berücksichtigt, Erhebungen angestellt und Gutachten eingeholt werden, ehe der Senat in geheimer Abstimmung Feststellungen über Qualifikation und erfüllte Voraussetzungen traf, die ungeachtet der geheimen Abstimmung begründet werden sollten - ein merkwürdiges Verfahren, das die Beteiligten enorme Arbeit und Ärger kostete und zudem wenig einbrachte, denn viele positive Feststellungen führten nicht weiter, sondern scheiterten an der vom Ministerium zu treffenden Feststellung des Bedarfs oder an fehlenden Haushaltsmitteln. Frustration der Betroffenen, in manchen Fällen auch Prozesse, waren die Folge.

Analoge Modalitäten und Konsequenzen traten beim Verfahren zur Übernahme in das neu geschaffene Amt eines Hochschulassistenten auf. Ersparen Sie mir weitere Einzelheiten zu diesen Vorgängen. Eine Bemerkung kann ich

mir indes hier nicht verkneifen: Bereits in der Neufassung (nach 3 Gesetzen zur Änderung) des NHG vom 14. Juni 1989 verschwand der Hochschulassistent: Stattdessen feierten Assistenten, Oberassistenten, Obergeringiere und Hochschuldozenten fröhliche Urständ, im Gesetzestext von 1993 waren es dann Assistentinnen und Assistenten, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten usw.. Und wiederum 9 Jahre später verschwanden all diese Kategorien erneut. Stattdessen gibt es im NHG in der Fassung vom 24. Juni 2002 nun Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren - ein Nachtrag zum Thema Wechselbäder!

Eine der misslichsten Aufgaben des Rektors war die für die Hebung von Beamtenstellen und Beförderung unerlässliche sachgerechte Bewertung der Funktion des Beamten, die sog. Dienstpostenbewertung auf Vorschlag des Fachbereichs bzw. des Senats. Denn dafür gab es keine Kriterien, und der Senat sah sich außerstande, die laut Gesetz erforderlichen Vorschläge zu machen. Um überhaupt Beförderungen zu ermöglichen, habe ich damals mit Unterstützung des ersten Kanzlers der Hochschule, Herrn Fischer, Kriterien aufgestellt, die Bewertungen für alle vorhandenen Stellen in der Laufbahn Akademischer Räte vorgenommen und dadurch während meiner Amtszeit zwei Beförderungen zu Akad. Oberräten und drei Beförderungen zu Akad. Direktoren erreichen können. Die Bewertungen gelten noch heute. Eine ähnliche Problematik ergab sich bei den vom NHG vorgeschriebenen Feststellungen zur Besitzstandswahrung, doch will ich darauf hier nicht eingehen.

ad 5.

Die am 9.6.1980 erlassenen neuen Prüfungsverordnungen für Lehrämter galten bereits für die Studienanfänger im WS 1980/81 und erforderten schnelle und weitreichende Änderungen der Studienpläne und Lehrangebote.

Die 1979 neu eingerichteten Professuren für Didaktik des Sachunterrichts und Allgemeine Wirtschaftslehre konnten 1980 mit den Herren Köhnlein und Kolb besetzt, die Professur für Geschichte mit Herrn Overesch wiederbesetzt werden, die Professur für Katholische Theologie mit Herrn Göllner. Hingegen stieß die Besetzung der freien Professur im Fach Sport immer wieder auf Schwierigkeiten, ebenso die Durchführung des Hochschulsports.

Der vom Staat gewollte Rückgang der Studentenzahlen im Lehramt warf große Probleme auf, weil Fächerkonzentration und Standortkonzentration in

Niedersachsen zwar vorgeschlagen, aber nicht durchgeführt wurden. Das führte zwangsläufig in manchen Bereichen zu enormen Schwierigkeiten, weil z. B. Seminarräume und Seminare für 30 Studierende nur von 15 Studierenden belegt wurden, die dadurch rechnerisch freiwerdenden Kapazitäten nicht anders genutzt werden konnten, aber dennoch Stellensperrungen und Stellenstreichungen nach sich zogen und den Landesrechnungshof zu folgenreicheren Beanstandungen veranlassten. Die im Nov. 1979 von Minister Pestel in Aussicht gestellte Einführung der Realschullehrerausbildung in 8 benannten Fächern wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, die 1980 vorgeschlagene Verlagerung der Sonderpädagogik von Hannover nach Hildesheim kam nach erregten Debatten und vielen Dienstgesprächen ein Jahr später »nach gründlicher Abwägung des Für und Wider nicht in Betracht«.

Im Bereich der Weiterbildung von Lehrern gab es hingegen gute Fortschritte. Kurse zur Weiterbildung zum Beratungslehrer unter der Leitung von Herrn Lüttge fanden großen Zuspruch (400 bzw. 350 Teilnehmer!), Fernstudienlehrgänge in Evangelischer und in Katholischer Theologie wurden konzipiert und nach einem Probedurchlauf als eigenständige Studiengänge eingerichtet, der Studiengang »Lehrer für den Unterricht von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache« wurde so vorbereitet, dass er nach Besetzung zweier neuer Professuren gemäß den bereits vorliegenden Berufungsvorschlägen anlaufen konnte.

Im Studiengang Erziehungswissenschaft wurde Sozialpädagogik als eigenständiger Studiengang abgespalten und Ausländerpädagogik als Ergänzungstudiengang genehmigt. Der im Modellversuch KEBAL entwickelte Studiengang Kulturpädagogik entfaltete unerwartete Anziehungskraft: die Studentenzahlen stiegen von 141 im WS 79/80 auf 353 im SS 81! Musik, Spiel und Tanz, Theater gewannen neue Dimensionen, als die Professur für den Schwerpunkt Theater am 5.1.81 mit Herrn Kurzenberger, die Professur für Systematische Musikwissenschaft im SS 81 mit Herrn Feurich besetzt werden konnte. Aufgrund der Berufungsverfahren für die Professuren im Fach Bildende Kunst und im Fach Sprache und Literatur konnten später die Kollegen Nolte und Vietta gewonnen werden. Als erster Absolventin des Studiengangs Kulturpädagogik konnte ich 1981 der Bürgermeisterin und späteren Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft, Lore Auerbach, die Diplomurkun-

de mit dem Titel »Master of Culture and Arts« überreichen.

Eine ruhigere Entwicklung nahm der Studiengang Fachübersetzen. Auf 28 Anfänger im WS 79/80 folgten knapp 60 zum WS 80/81 und knapp 90 zum WS 81/82. Nach dem Beginn mit qualifizierten Lehrbeauftragten und Lektoren im WS 79/80 erfuhr dieser Studiengang starken Auftrieb, als im Mai 1980 Herr Arntz für Romanische Fachsprachen und zum WS 81/82 Herr Beneke als Professor für Englische Fachsprachen ihre Tätigkeit in Hildesheim aufnahmen.

Zögerlich behandelt wurde indes die Einrichtung des Studienganges Angewandte Informatik, dessen Konzeption Herrn Minister Pestel bereits am 8. Mai 1979 persönlich vorgelegt worden war. Die Entscheidung wurde unter Hinweis auf noch ausstehende Entscheidungen für die Lehrerausbildung (Einführung der Realschullehrerausbildung und damit verbundene Engpässe bei personeller, sächlicher und räumlicher Versorgung) immer wieder hinausgeschoben. Erst eine Woche vor Ablauf meiner Amtszeit, am 23. September 1981, konnte ich den neuen Wissenschaftsminister Cassens durch Vorlage einer Graphik überzeugen, dass die Hochschule Hildesheim zur Konsolidierung unbedingt (neben Erziehungswissenschaften, Kulturpädagogik und Fachübersetzen) eines vierten Standbeines bedürfe, da der Tisch ohne dieses vierte Bein wackeln würde (obwohl ich als Mathematiker wusste, dass gerade ein dreibeiniger Tisch niemals wackeln kann, wohl aber ein vierbeiniger). Jedenfalls sagte der Minister zu, sich mit besonderem Nachdruck für die Schaffung der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen bei den Anmeldungen zum 11. und 12. Rahmenplan für den Hochschulbau einzusetzen. Er hat sich daran mit Erfolg gehalten!

ad 6.

Damit komme ich zum dunkelsten Kapitel meines Rektorates: dem Streit mit dem Landesrechnungshof über die Raumsituation. Der an eine »babylonische Tempelanlage erinnernde Gebäudekomplex« (so Minister Pestel) auf der Marienburger Höhe war 1965-1970 für 600 bis 800 Studenten errichtet worden, wies aber durch weiträumige Flure und Hallen ein Missverhältnis zwischen Verkehrs- und Nutzflächen auf. Der Mangel an Personalräumen, verstärkt durch Personal für die neuen Studiengänge und den Aufbau einer eigenen Verwaltung der jungen Hochschule hatte die Hochschulleitung zur

Anmietung von Räumen in der Innenstadt für die Unterbringung der Verwaltung veranlaßt.

Dies rief den Landesrechnungshof (LRH) auf den Plan. Er hatte eine Untersuchung über die Raumnutzung im SS 1997 durchgeführt - just in dem Semester, wo die Studentenzahlen ihr absolutes Minimum mit 834 Studierenden erreicht hatte. Er ignorierte die Prognosen über das Wachstum durch neue Studiengänge mit der Bemerkung »die neuen Studiengänge werden nur zu unwesentlicher Erhöhung der Zahl der Studierenden führen«, beanstandete die mangelnde Nutzung der Seminarräume und Hörsäle, die Anmietung von Räumen für die Verwaltung (für 150.000 DM in 5 Jahren) mit der Begründung, durch Umbauten von Hörsälen und Einbauten in Fluren hätte die Anmietung vermieden werden können. Nur ein Beispiel: der absurde Vorschlag, das Auditorium Maximum in Bibliotheksräume umzubauen und dazu die erst 10 Jahre zuvor mit großem Kostenaufwand errichtete Bühne samt Zuschauerraum zu vernichten, obwohl gerade eine Professur für den Schwerpunkt Theater besetzt wurde und der Studiengang Kulturpädagogik aufgebaut wurde. Doch der hatte ja keine Zukunft wie noch am 15. Januar 1981 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung unterstellt wurde! War doch in dieser just am Heiligabend 1980 ein Interview mit einem Landtagsabgeordneten der Region unter dem Titel »Steht die Hochschule auf der Abschussliste?« erschienen! Darin wurde von den tags zuvor im Haushaltsausschuss des Landtages diskutierten Vorschlägen des Landesrechnungshofes berichtet, die Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen Hildesheim und Lüneburg zu schließen.

Sie können sich ausmalen, welche Flut von Anrufen mich daraufhin Heiligabend und Weihnachten erreichten, mich auch veranlassten, dem Landtagsabgeordneten am Nachmittag des Heiligabends per Telefon Vorhaltungen zu machen. Denn die bereits 1979 eingeführten Studiengänge Kulturpädagogik und Fachübersetzen hatten inzwischen starken Auftrieb und unerwarteten Zulauf bekommen - eine vom LRH als "unwesentlich" und von der Presse als »ohne Zukunft« prognostizierte Entwicklung.

Die Beschreibung der zeitraubenden Gespräche und Verhandlungen mit dem Präsidenten des LRH, dem Bevollmächtigten für den Hochschulbau, dem Staatshochbauamt und dem Ministerium wären ein Lehrstück für den

Umgang mit Behörden! All das nutzte nichts: die Prüfungsmittelungen mündeten in einer Denkschrift an den Landtag mit der Aufforderung, die Regreßfrage zu prüfen. Der Haushaltsausschuß des Landtages sprach der Hochschule die Missbilligung aus. So standen mein Amtsvorgänger Kraatz und ich plötzlich am Pranger, obwohl wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und - wie sich später erwies - genau das Richtige getan hatten: schon im WS 81/82 hatte die Hochschule 2000 Studenten, später 3000 und jetzt 4000, ohne die 2000 von uns betreuten Fernstudenten.

Die Regressfrage wurde durch die Feststellung des MWK gelöst, daß »keine dienstlichen Verstöße« vorlagen. Dennoch hatte die Hochschule großen Schaden: die dringend nötige räumliche Erweiterung wurde gestoppt. Die Fa. Sapco (Düsseldorf) wurde vom MWK beauftragt, Vorschläge für Umbauten zur besseren Nutzung in den vorhandenen Gebäuden zu machen. Deren Vorschläge waren abwegig, weil sie auf den falschen Prognosen des LRH beruhten. Aber das Gutachten kostete 150.000 DM und rief deshalb den LRH erneut auf den Plan. Nun stand das MWK selbst und sein Bevollmächtigter für den Hochschulbau im Kreuzfeuer! Es half nichts: ein Opfer musste gebracht werden: 1985 wurde der später wieder fehlende Hörsaal 3 für 850.000 DM angesichts des inzwischen eingerichteten Studiengangs Informatik in ein Rechenzentrum umgebaut.

All diese Vorgänge haben bei mir tiefe Narben hinterlassen. Eine andere Beanstandung des LRH ließ sich leichter aus der Welt schaffen. Nach einer Prüfung der Kosten für Abwasser und Energie wurden zu hohe Kosten für Abwasser bemängelt, denn die wurden nach der Höhe des Wasserverbrauchs berechnet und es sei eine Tatsache, daß dem Schwimmbecken im Sportinstitut durch feuchte Körper und nasse Badebekleidung erhebliche Wassermengen entnommen würden, die nicht in das Abwassersystem gelangten. Auf meine Rückfrage, ob man auch umgekehrt die Flüssigkeitsmengen berücksichtigt habe, die erfahrungsgemäß öffentlichen Bädern von den Nutzern zugeführt würden, kam die Antwort: das sei unerheblich und ich möge für Abhilfe sorgen. Das tat ich durch einen Runderlaß an die Studierenden und Bediensteten der Hochschule:

»Und wird hinfüro verordnet, sich nach dem Verlassen des Schwimmbeckens unverzüglich der Badebekleidung zu entledigen und dieselbe über dem

Becken auszuwringen, auf dass das Wasser dem Abwassersystem wieder zugeführt werde.«

ad 7.

Auf Anregung von Prof. Klages war schon 1978 der »Förderkreis der Hochschule Hildesheim e.V.« (jetzt Universitätsgesellschaft genannt) gegründet und unter seinem ersten Vorsitzenden Prof. Trommsdorff erfolgreich aktiv geworden und das noch heute benutzte Signet mit zwei verschlungenen H's - jetzt gedeutet als U und H - eingeführt worden. Die Hochschule wurde als Mitglied in die Westdeutsche und die Europäische Rektorenkonferenz aufgenommen und gehörte selbstverständlich auch der Landesrektorenkonferenz an.

Austauschprogramme mit dem Liverpool Polytechnic, mit der Universität Glasgow und den Universitäten Mulhouse und Pau in Frankreich sowie mit der Universität des Staates New York in Albany konnten dank der Aktivitäten unserer Kollegen Arntz und Moltke vereinbart werden.

Un erfüllt bleibt indes wegen fehlender Mittel und Stellen zunächst meine dringende Forderung nach der Einrichtung eines Auslandsamtes und einer Pressestelle.

Soviel zur Gründungsphase dieser Hochschule während meiner Amtszeit als Dekan, Prorektor m.d.W.d.G.b. und als Rektor. Über die zwei Jahrzehnte danach kann und will ich hier nur in Stichworten berichten.

Unter meinem Nachfolger als Rektor, Prof. Lüttge, erfolgte in den Jahren 1982/83 ein kräftiger Aufschwung in den Studiengängen Kulturpädagogik und Fachübersetzen, für die alsbald Zulassungsbeschränkungen eingeführt werden mussten. Der Studiengang für »Lehre von Kindern mit fremder Muttersprache« wurde eingeführt, für den Studiengang Angewandte Informatik wurden die Weichen gestellt. Als das Landesministerium (also das Kabinett) von diesem Projekt zustimmend Kenntnis genommen hatte, wurde vom Senat am 24.11.1982 die Arbeitsgruppe Informatik zur Vorbereitung des Studiengangs und der Einrichtung eines Rechenzentrums eingesetzt. Mit Unterstützung erfahrener Kollegen der Universitäten Braunschweig, Göttingen und Kiel, des Regionalen Rechenzentrums Hannover, der Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen und des Fakultätentages Informatik wurde ein neuartiges, tragfähiges Konzept mit breit angelegtem Anwendungsfach und Praktikum für diesen Studiengang entwickelt. Die Pla-

nungen für die räumliche und personelle Ausstattung und die Besetzung der ersten Professuren wurden vorangetrieben. Unter dem Rektorat meines Fachkollegen Kreuzkamp war es dann soweit.

Im Frühjahr 1984 wurde der Startschuß zum Beginn des Studienganges im WS 84/85 gegeben. Er erhielt die schlichte Bezeichnung Informatik, um neben der Betriebswirtschaftslehre (BWL) die Einführung weiterer Anwendungsfächer offen zu halten, unterlag den Zulassungsbedingungen der ZVS und stellte sich damit dem Vergleich mit den damals an 20 Universitäten der Bundesrepublik betriebenen Informatik-Studiengängen.

Als organisatorischer Rahmen wurde zunächst eine sog. Gemeinsame Kommission (gem. §99 NHG), sprich Fakultät, unter Vorsitz des Kollegen Schürmann eingerichtet. Diese betrieb die Berufung der ersten vier Professoren (für Praktische Informatik konnte Herr Doberkat aus Potsdam/USA, für Theoretische Informatik Herr Alt aus den USA, für Angewandte Mathematik und Informatik Herr Möhring von der RWTH Aachen und für Betriebswirtschaftslehre Herr Huch aus Hannover gewonnen werden). Die Resonanz war beachtlich: Auf jeden der anfänglich vorhandenen 30 Studienplätze kamen 4 Bewerber, 65 wurden zum WS 84/85 zugelassen. 1985 wiederholte sich dieser Vorgang mit höheren Zahlen.

Die Universität platzte nun wirklich aus allen Nähten, denn auch in den Studiengängen Fachübersetzen und Kulturpädagogik steigerten sich die Studentenzahlen rasant, die Bibliothek konnte keine Bücher und kein zusätzliches Personal mehr aufnehmen, ein Rechenzentrum war dringend erforderlich.

Mit Unterstützung des Ministers wurden 5 Millionen DM aus dem Rahmenplan für den Hochschulbau bereitgestellt, die Stadt Hildesheim verpachtete die Gebäude der aufzulösenden Hauptschule Marienburger Höhe quasi zum Nulltarif (als Gegenleistung stand der Stadt das Auditorium Maximum der Universität für Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung) an das Land Niedersachsen und gab sie zum Umbau frei. 1985 erfolgte dieser Umbau für Zwecke der Informatik, Hörsaal 3 im Hauptgebäude wurde zu einem Rechenzentrum umgebaut.

Nun galt es, die Struktur der Hochschule der neuen Entwicklung anzupassen, weitere Institute einzurichten und eine neue Gliederung der Fachberei-

che vorzunehmen, zumal auch die neuen Studiengänge Kulturpädagogik und Fachübersetzen im Fachbereich II so stark gewachsen waren, daß dessen von mir schon 1980 beabsichtigte Aufteilung in zwei Fachbereiche nun dringend geboten war.

Ein anderes Problem war der Name der Hochschule, die in anderen Bundesländern als Fachhochschule angesehen wurde, weil dort auch Fachhochschulen die offizielle Bezeichnung Hochschule trugen. So wurde z.B. Studenten, die an die Technische Hochschule München wechseln wollten, die Einschreibung in höhere Semester mit der Begründung verwehrt, Studenten von Fachhochschulen dürften nur als Studienanfänger immatrikuliert werden. Ein Zusatz musste her: »Hochschule für Erziehungs-, Sprach- und Kulturwissenschaften und Informatik« - unmöglich. Nach vielen Debatten und Beschluß im Senat beantragte Rektor Kreuzkamp die Umbenennung in »Universität Hildesheim« und die Gliederung in vier Fachbereiche.

Von dieser Notwendigkeit musste zunächst der zuständige Minister selbst überzeugt werden. Das gelang anlässlich eines Besuches der Universität Taschkent im fernen Usbekistan, bei dem der Minister Cassens meine Begleitung gewünscht und ich einen Vortrag über das deutsche Hochschulwesen zu halten hatte. Nach einem heißen Tag im Juni 1985 konnte ich dem Minister in Taschkent die Zusage abgewinnen, sobald wie möglich zwei neue Fachbereiche zu genehmigen und sich für die Umbenennung einzusetzen.

Der Minister hielt Wort! Schon zum 1.10.1985 wurde die Errichtung der neuen Fachbereiche III und IV sowie der neuen Institute für Informatik und BWL genehmigt. Die Umbenennung dauerte naturgemäß länger, weil dazu das Hochschulgesetz geändert und dafür die politischen Parteien gewonnen werden mussten. Erst vier Jahre später war es soweit:

seit dem 10.04.1989 heißt unsere Hochschule **Universität Hildesheim**.

Vom 01.10.1985 bis 30.09.1989 leitete der Professor für Katholische Theologie und Religionspädagogik Göllner als Rektor die Hochschule Hildesheim. An die Stelle des Kanzlers Fischer war Herr von Fircks getreten. In diesem Zeitraum erfuhr die Hochschule einen kräftigen Zuwachs an Studierenden, aber auch an Stellen, Mitteln und Gebäuden. Den stärksten Zuwachs hatte der Studiengang Informatik, weil die Zahl der Studierenden bundesweit emporschnellte. Sonderprogramme des Bundes und Überlastprogramme des

Landes wurden aufgelegt, bescherten den neuen Studiengängen weitere Professuren, Stellen und Mittel, während in der Lehrerbildung nach wie vor der »Pillenklick« nur geringe Möglichkeiten der Erweiterung bot. Für den Studiengang Informatik konnten die Professorinnen Goltz und Habel und die Professoren Bentz, Best, Biskup, Förster, Kolonko und Stiege gewonnen werden.

In der Forschung wurden große Fortschritte und Erfolge erzielt, das Drittmittelaufkommen konnte insbesondere durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel für Forschungsprojekte erheblich gesteigert werden. Das betraf insbesondere Projekte der Informatik, weil diese - wie Projekte in Medizin, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften - stets den Löwenanteil erreichen.

Ein Novum in der deutschen Hochschullandschaft war 1986/87 die Einrichtung des Anwendungsfaches Medizinische Informatik im Studiengang Informatik - bis dahin nur als Nebenfach in Fakultäten für Medizin vertreten. In Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule Hannover wurde die Konzeption ausgearbeitet, später Dr. Pretschner von dort als Professor berufen und das Institut für Medizinische Informatik gegründet. 22 Chefarzte aus Krankenhäusern der Region Hildesheim konnten kostenlos für Vorlesungen über Teilgebiete der Medizin gewonnen werden. Symposien mit Augenärzten, Tagungen und internationale Kongresse, betriebswirtschaftliche Foren, Ausstellungen auf der CEBIT, der Hannover-Messe und andernorts machten die Hochschule Hildesheim bundesweit bekannt, ebenso aber auch nun überall auftauchende Absolventen der Studiengänge Kulturpädagogik und Fachübersetzen. Theateraufführungen des Hamlet, Konzerte und Ausstellungen bildender Künstler erregten Aufsehen.

Die Bibliothek platzte nun aus allen Nähten, Hörsäle waren überfüllt, Personalräume Mangelware, bauliche Erweiterungen unerlässlich. Dank gemeinsamer Anstrengungen und der Überzeugungskraft des Rektors Göllner und des Kanzlers von Fircks gelang schließlich die Bereitstellung von Mitteln, die Genehmigung und auch die Ausführung des Neubaus der Bibliothek und eines Verfügungsgebäudes, in dem das Zentrum für Fernstudien und Weiterbildung und die Fachübersetzer ihr neues Domizil fanden. Besondere Mühe kostete die gelungene Einrichtung des Restaurants da Paolo, inzwischen als Restaurant Einstein zentrale Stätte der Begegnung!

Der Studiengang Wirtschaftsmathematik - in Norddeutschland damals nur in Hamburg angeboten - wurde 1988 konzipiert und 1990 beantragt, aber erst im Juni 1994 mit Beginn zum WS 94/95 genehmigt, in einer Zeit als die Sparpolitik der ersten Regierung unter Ministerpräsident Schröder bereits schwere Zeiten für die Hochschulen des Landes ankündigte. Schon unter dem Rektorat des Kollegen Cloer gab es erste Anzeichen. Eine Hochschulstrukturkommission wurde gebildet, neue Planungen und Vereinbarungen mit dem Ministerium sollten die Entwicklung der Hochschulen auf eine »verlässliche Basis« stellen.

Unter dem Rektorat des Kollegen Weber war es dann soweit. Im Oktober 94 ließ die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Helga Schuchardt, erstmals Überlegungen zur Reduzierung der Informatikausbildung in Niedersachsen verlauten: Zwei Standorte seien genug, die Ausbildung in Hildesheim könne geschlossen werden. Die schriftliche Ankündigung folgte im Hochschulstrukturkonzept zur Konsolidierung des Landeshaushalts vom 12.01.1995.

Fünf Jahre lang - bis zum Sommer 2000 - hat die Diskussion um dieses Problem die Gemüter erhitzt, Kräfte der Universität in unverantwortlicher Weise durch ungezählte Verhandlungen, Debatten, Berichte und Erklärungen gebunden. Proteste und Stellungnahmen vom Fachbereichsrat, Rektor und Senat, Asta, Fakultätentag, von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland, von Ratsherren, Frauenbeauftragten, Vertretern politischer Parteien, Verbänden, Bundes- und Landtagsabgeordneten, Protestmärsche und Aktionstage, auch Verhandlungen mit Ministerpräsident Schröder persönlich - all das hat nichts genutzt. Die Pressenotizen, Berichte und Stellungnahmen füllen bei mir 3 pralle Leitz-Ordner!

Alle vom Ministerium vorgebrachten Argumente für eine Schließung - bis auf den Zwang zum Sparen - erwiesen sich als nicht stichhaltig. Als letzte Ausflucht nannte Frau Schuchardt das von den großen Universitäten gern gebrachte Argument: »Maßgeblich ... sei ausschließlich das fehlende technische und verwandte wissenschaftliche Umfeld, das in Braunschweig, Clausthal und Oldenburg wesentlich breiter vorhanden sei« - eine Behauptung, die die Studienbewerber - zuletzt mehr als in Braunschweig - und die von Industrie und Behörden begehrten Absolventen aus Hildesheim glänzend wider-

legten. Viele Promotionen und 10 Habilitationen für Informatik und Mathematik sprechen eine deutliche Sprache: 7 der Habilitierten sind bereits Professoren!

Alle Abwehrkämpfe, der unermüdete Einsatz unserer Rektoren Weber und Menzel, der Kanzlerin Frost, der Stadt Hildesheim und ihrer Bürgerinitiative und vieler anderer waren vergeblich: Die Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik wurden durch Verordnung 1996 geschlossen, der Universität als Trostpflaster die Entwicklung zum bildungswissenschaftlichen Zentrum Niedersachsens versprochen, aber bald sogar wieder ihre Existenz in Frage gestellt.

Die Schließung der beiden Studiengänge hat der Universität schwere Wunden zugefügt: 25% ihrer Stellen wurden im Laufe der folgenden Jahre abgezogen, 8 Professoren nach Braunschweig, Clausthal und Oldenburg versetzt, Mitarbeiter entlassen oder anderweitig untergebracht. Studenten gingen an andere Hochschulen oder versuchten, ihr Studium im Auslaufprogramm zu vollenden, das mit großem Einsatz der Dekane Förster, Schwarzer und Ambrosi durchgeführt wurde.

Die Universität wehrte sich. Trotz erpresserischer Drohungen der Ministerien ließ sie sich nicht von einer Klage beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg abbringen. Der heutige Kanzler Grahl formulierte die Klageschrift und reichte sie ein. Die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Drei Jahre später fiel das Urteil: Die Aufhebung der Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik ist nichtig, denn sie ist rechtswidrig. Revision gegen dieses Urteil wurde nicht zugelassen. Das war ein später Triumph für die Universität. »Eine schallende Ohrfeige hat sich die Landesregierung aus Lüneburg eingefangen« kommentierte die Presse den Vorgang.

Noch schlimmer traf es den inzwischen zum Bundeskanzler avancierten damaligen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen im Jahre 2000, als der Mangel an Informatikern offenbar wurde, Schröder die wirtschaftsfeindliche Ausbildung unter Kohl und mangelnde Weitsicht der alten Regierung anprangerte und mit der Greencard ausländische Computer-Experten ins Land holen wollte. Wie hatte noch Frau Schuchardt 5 Jahre zuvor gesagt: »Mit einem Anstieg der Nachfrage nach Informatikplätzen ist nicht zu rechnen«! Und Schröder: »Der Fachbereich Informatik wird geschlossen. Der

Beschluss ist wohlbegründet und definitiv!«

Doch weder das Lüneburger Urteil noch der Aufschrei in der Presse, als die Schließung der Informatik in Hildesheim bundesweit Aufsehen erregte, konnten Informatik und Wirtschaftsmathematik wieder zum Leben erwecken, auch nicht der einstimmige Beschluß des Rates der Universität Hildesheim zur Rückkehr der Informatik an die Uni. Stattdessen verkündete Wissenschaftsminister Oppermann für Hildesheim liege die Zukunft im erfolgreichen Studiengang Informationstechnologie und versprach, die informationswissenschaftliche Fundierung der Lehrerbildung auf den Weg zu bringen. Der Theorie-Studiengang Informatik in Hildesheim sei eine »Sackgasse« gewesen, sagte der Bildungspolitiker Domröse vom Nds. Landtag. Unsere Präsidentin Bosse wie dies als Verunglimpfung von damaligen Leistungen der Lehrenden und Studierenden zurück.

Inzwischen hatte unter dem Rektorat von Prof. Menzel die »Abwicklung« der aufgehobenen Studiengänge stattgefunden. Parallel dazu war zur Sicherung der Existenz der Hochschule - wieder einmal - ein Entwicklungsplan der Universität aufgestellt, vom Senat und Konzil im Juni 1997 beschlossen und dem Minister vorgelegt worden. Dieser beschrieb das künftige Profil der Universität mit den Wissenschaftsschwerpunkten Bildungswissenschaft, Informations- und Kommunikationswissenschaft, Kulturwissenschaft, Sozial- und Organisationswissenschaft; den Aufbau der wissenschaftlichen Zentren für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, interdisziplinäre Schreibforschung, Lernen im Netz - Virtueller Campus; den Ausbau der bestehenden Studiengänge und zentralen Einrichtungen sowie das Graduiertenkolleg »Authentizität als Darstellung«.

Nach langen Debatten beschloss das Konzil, die Rektoratsverfassung durch eine Präsidialverfassung zu ersetzen. Nach deren Genehmigung trat Ursula Bosse als erste Frau in der Bundesrepublik Deutschland das Amt der Präsidentin einer Universität, nämlich der unseren, am 1.4.1998 an. Unter ihrer Leitung wurde dieser Entwicklungsplan in den 4 Jahren ihrer Amtszeit mit tatkräftiger Unterstützung der Vizepräsidenten und großem Engagement aller Beteiligten Stück für Stück umgesetzt.

Der Studiengang Philosophie war schon zum WS 94/95 eingerichtet worden. Zum WS 98/99 wurde in Niedersachsen der Studiengang Lehramt an

Grund- und Hauptschulen mit dem für das Lehramt an Realschulen zusammengefasst und der Studiengang zum Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen auch an der Universität Hildesheim eingerichtet. Dabei gingen jedoch die typischen Realschulfächer Physik, Chemie und Technik leider verloren. Zum anderen wurde ein Centrum für Bildungs- und Unterrichtsforschung eingerichtet, 2001 ein Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIF) als gemeinsame Einrichtung mit der FHS Hildesheim/Holzwinden/Göttingen. Mittel für Forschungsprojekte in diesen Bereichen wurden bewilligt. Unter den von der Zentralen Evaluationsagentur (ZEVA) untersuchten Studiengängen für Sozialpädagogik in Niedersachsen glänzte unser Diplomstudiengang besonders in puncto Absolventenzahlen.

Im Fachbereich II wurde der Diplomstudiengang Kulturpädagogik endlich unbenannt in »Kulturwissenschaft und ästhetische Praxis«, außerdem ergänzt durch die beiden neuen Diplom-Studiengänge »Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus« sowie »Szenische Künste« - beide erhielten erstaunlichen Zulauf. Diese Entwicklung im Bereich der Kulturwissenschaften wurde nachhaltig gefördert durch den Ausbau ihres Domizils in der Domäne Marienburg, für den Frau Kühn hoch zu preisen ist.

Tiefgreifende Entwicklungen fanden auch im Fachbereich III statt. Aus Fachübersetzen wurde »Internationale Fachkommunikation« (IFK). Parallel dazu wurde »Internationale Kommunikation und Übersetzen« als Bachelor-Studiengang eingerichtet. Zum Renner wurde der Studiengang IIM »Internationales Informationsmanagement«. Seit dem WS 2000/01 wird der Studiengang IFK parallel im Modellversuch auf gestufte Abschlüsse mit dem BA (Bachelor of Arts) nach 3 Jahren und dem MA (Master of Arts) nach weiteren zwei Jahren umgestellt, um internationale Anerkennung zu erleichtern.

Mit Elan und ungebrochener Energie haben die Kollegen in meinem alten, stark geschrumpften Fachbereich IV »Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik« aus den Restbeständen und mit Unterstützung von Wirtschaft und Industrie den Weiterbildungsstudiengang »Bildungs- und Informationstechnologie (BIT)« aufgebaut, der von den Instituten für Mathematik und Angewandte Informatik, für BWL und für Physik und Technische Informatik durchgeführt wird und als Abschluss den Titel MSc (Master of Science) einbringt. Dazu war die Firma H.U.T (Hildesheimer Unternehmens- und

Technologieförderung GmbH gegründet und das An-Institut IMBIT (Institut für Multimedia Bildungstechnologien, Informationsmanagement und Telekommunikation) eingerichtet worden. Der Aufbaustudiengang Wirtschaftswissenschaften und das Recht der Promotion zum Dr. rer. pol. bleiben der Universität erhalten. Dennoch war die Zusammenlegung des geschundenen Fachbereichs IV mit dem alten Fachbereich III zum neuen FB III »Informations- und Kommunikationswissenschaften« unumgänglich. Dort wird nun auch der neue Studiengang »Informationstechnologie und Informationsmanagement« (IM/IT) mit dem Abschluss BSc nach fünf Semestern betrieben und mit drei weiteren Semestern zum MSc (Master of Science) weitergeführt.

Der neue Lehr- und Forschungsschwerpunkt »Organisation« konnte mit der Einrichtung des weiterbildenden Studiums »Organization Studies« zum WS 2000/01 als berufsbegleitender Studiengang konkretisiert werden und führt zum »Master of Arts in Organization Studies«. Sie sehen, auch bei uns haben die Anglizismen Eingang gefunden.

Damit bin ich fast beim Stand der aktuellen Entwicklung angelangt, habe allerdings viele Details unterschlagen müssen, z. B. die in den Forschungsberichten beschriebenen bedeutenden Erfolge in der Forschung, die Zentralstelle für Forschungsförderung und Technologietransfer, das Frauengleichstellungsbüro und den Aufbau der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - seither mündet eine gute Zusammenarbeit mit der Presse in kritisch-fundierter und umfassender Berichterstattung. Die Einrichtung der Bibliothek im neuen Bibliotheksgebäude - Einführung des einschichtigen Bibliothekssystems, Automatisierung durch ein integriertes Bibliothekssystem mit PICA und die Verwendung eines modernen Katalogisierungs- und Ausleihsystems hätten ausführlichere Beschreibung verdient. Auch den Aufbau der Studienberatung, des virtuellen Campus, des Auslandsamtes und internationaler Kontakte und Austauschprogramme, den Bau der Studentenwohnheime, die Einführung des Globalhaushalts, die Modernisierung der Gebäude und vieles mehr habe ich hier nicht mehr im Detail darstellen können. Dafür bitte ich um Nachsicht.

Aber über ein Phänomen der jüngsten Entwicklung muß ich noch kurz berichten. Lange Zeit wurde die Novellierung des Niedersächsischen Hoch-

schulgesetzes beraten, in allen möglichen Gremien diskutiert und nach Anhörungen als Artikel 1 des Gesetzes zur Hochschulreform in Niedersachsen in der Fassung vom 24. Juni 2002 bekannt gemacht. Am 1. Oktober ist es in Kraft getreten.

Es enthält einschneidende Änderungen, von denen ich hier nur eine aufgreife: Die Möglichkeit der Umwandlung von einer Landesuniversität in eine Stiftungsuniversität. Unser seit dem 1.4.2002 amtierender Präsident, Herr Prof. Friedrich, hat diese Möglichkeit konsequent aufgegriffen, mit Elan verfolgt und zum Erfolg geführt: Seit dem 1. Januar 2003 ist die Universität Hildesheim eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts in staatlicher Verantwortung. Die Darstellung dieser Entwicklung und der sich daraus öffnenden Perspektiven überlasse ich kundiger Feder.

Ich schließe mit dem Dank an alle, die in langen Jahrzehnten für die Erhaltung und den Ausbau dieser Universität gekämpft haben und bitte ihre Mitglieder, Angehörigen und Förderer, in den Anstrengungen um die Zukunft der Universität Hildesheim nicht nachzulassen - sie ist es wert!